

Straßenszene in Athen



Griechenland

Bis zu 123 Milliarden Euro mehr

Der Zins- und Tilgungsaufschub für alte Kredite käme in die Nähe eines neuen Rettungsprogramms.

Neue Schuldenerleichterungen für Griechenland würden für die Geberländer nach Berechnungen des Bundesfinanzministeriums (BMF) teuer. Je nach Sparanstrengungen, Wachstum und Aufschub für Zins und Tilgung von alten Krediten könnten bis Mitte des Jahrhunderts bis zu 123 Milliarden Euro fällig werden. Dieses Szenario träte ein, wenn die Wirtschaft Griechenlands nur um 1 Prozent im Jahr zulegen, der Primärüberschuss, also das Etatplus vor Schuldendienst, langfristig bei 1,5 Prozent läge und die Laufzeit der Hilfskredite um 17,5 Jahre verlängert würden. Zinszahlungen und Tilgung würden dabei bis 2048 komplett ausgesetzt. „Bei einer solchen Zinsstundung würde es sich faktisch um einen neuen Kredit handeln“, schreiben die BMF-Experten in einem Be-

richt an den Haushaltsausschuss des Bundestages. Zwischen 84 und 89 Milliarden Euro müssten die Geberländer aufbringen, wenn Überschüsse und Wachstum etwas höher ausfielen, die Laufzeiten bis zu 15 Jahre verlängert und die Zinsen bei einem Prozent gedeckelt würden. Gut ein Viertel der Kosten entfielen auf Deutschland. Würde Griechenland auf lange Sicht Primärüberschüsse von 2,6 Prozent erwirtschaften und die Wirtschaftsleistung um 1,3 Prozent wachsen, wären keine zusätzlichen Maßnahmen erforderlich. Grundlagen für die BMF-Berechnungen waren Szenarien, die der europäische Rettungsschirm ESM vorgegeben hatte. Der Internationale Währungsfonds hält die erste Variante für wahrscheinlich, das BMF bevorzugt die letzte (siehe auch Seite 64). rei

Energie

Zahlentricks beim Atomfonds

Die deutschen Energiekonzerne können ihre Einzahlungen in den rund 24 Milliarden Euro schweren Atomfonds mindern. Wie aus einem Verordnungsentwurf des Bundeswirtschaftsministeriums her-

vorgeht, haben die Unternehmen 2016 rund 247 Millionen Euro mehr für die Nutzung der Atommüllzwischenlager Ahaus und Gorleben ausgegeben als ursprünglich kalkuliert; nun will die Regierung diese Mehrkosten von den Konzerneinzahlungen in den Fonds abziehen. Der Kostenschub ergibt sich aus

vorgezogenen Ausgaben für Investitionen sowie einer Gewinnmarge für die Gesellschafter der Zwischenlager. Das Ministerium sagt, so solle vermieden werden, dass der Bund womöglich Geld an die AKW-Betreiber zurückzahlen müsse, nachdem die Verantwortung für die Zwischenlager an den Staat übertragen

wird. Derzeit sind die Gesellschafter der Zwischenlager aber die vier Energiekonzerne selbst: Ihnen gehört die Gesellschaft für Nuklear-Service, die über Tochterfirmen die Lager in Ahaus und Gorleben betreibt. Grünenpolitikerin Sylvia Kotting-Uhl spricht von einem „Hütchenspielertrick“. ssu